

bisher die Lebensmittelnot zu wenig am eigenen Leibe gespürt und hielsedessen auch eine recht zurückhaltende Stellung zu den verschiedenen Vorschlägen und Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion eingenommen. Zum Teil haben sie sich sogar schüchtern vor den Kritiken und Anträgen, die auf eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung abzielen, abgelehnt. Um so auffallender war es, wie gestern die Herren Windwald, Hené und Wedel Kritik übten und von dem Magistrat mehr Energieentfaltung und Initiative forderten.

Die Rolle des unfreiwilligen Komikers spielte dabei der nationalliberale Mittelständler Ronis, der allen Ernstes behauptete, bei den Meggern gehe alles einwandfrei zu; vor allen Dingen komme kein Fleisch aus den Sinterküchen an die zahlungsstählernde Rundschau. Unbändige Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses war die Antwort auf diese von großer Rarität zeugenden Behauptung. Es wäre überhaupt besser, wenn Herr Ronis seine „Sachverständigenweisheit“ etwas unter den Scheffel stelle, denn weit her ist's damit wirklich nicht. Aber wie sollte einmal sein Parteifreund Lion? Jeder blamiert sich, so gut er kann.

Zum Schlus griff auch der Herr Oberbürgermeister noch in die Debatte ein. Er wendete sich gegen die Forderung von Waffenspeisungen und benützte dabei die Gelegenheit, den Rüsterhamtern, die durch die Befreiung der Sammlerliste in der vorangegangenen Stadtverordnetenversammlung kompromittiert worden waren, eine kleine Genugtuung zu geben. Er versuchte dabei, eine Zeitung — welche er meinte, sagte er nicht — für die Veröffentlichung der Namen einzeln zu überreden verantwortlich zu machen. Dieser Gedankenversuch war aber um deswillen kein ganz glücklicher, weil der Herr Oberbürgermeister die Liste mit Namen, Straße und aufgestellter Zudemenge nicht nur bei den Stadtverordneten hatte zirkulieren lassen, sondern auch persönlich der Presse auf die Tribüne gebracht hatte. Am übrigen war's auch gar kein Schaden, daß die Namen einiger dieser Leute bekannt wurden, denn was diese Herrschaften gestern zu ihrer Rechtfertigung durch den Mund des Herrn Oberbürgermeisters vorbringen ließen, war doch zum Teil recht sogenannte. Zudemfalls denkt ein großer Teil der Bürgerlichkeit sehr viel anders über die „zurückhaltenden Rüsterhamtern“, als wie es gestern der Herr Ober der Stadtverordnetenversammlung glaubhaft machen wollte. Auch die Stadträte nahmen die Rechtfertigung mit freiem Lächeln auf.

Noch Erledigung dieser wichtigen Lebensmittelfrage war das Interesse gelöscht, zumal inzwischen die Nachricht vom Untergang des englischen Schiffes mit dem Stabe Attentäters durch eine telefonische Meldung der „Frankfurter Zeitung“ bekannt geworden war. Die Auskunftsberichte wurden ohne Debatte erledigt und dann noch in einer geheimen Sitzung eingetreten.

Frankfurt a. M., 6. Juni.
Die Sitzung wird um 14.30 Uhr durch den zweiten Vorsitzenden Dr. H. eröffnet.

Vorlagen des Magistrats.

Beim Jahresbericht des Hospitals zum heiligen Geist, der bis jetzt noch vorliegt, willst du Ronis (Soz.) das, daß dieser nicht allen Stadtverordneten zugängig gemacht wird. — Zum Schlus eines neuen Ortskonsorts betr. Errichtung eines Arbeitsteams zunächst Dörfchen (Soz.) einige Ränderungen in den Sitzungen. Besonders vermißt er die Befreiung des Stadtverordneten im Amt. Ferner tritt er für Befähigten an die nebenamtlich beschäftigten und zu Sitzungen berufenen Arbeitsteilnehmer ein. Zu (Nordisch. Opt.) ist im allgemeinen einverstanden und empfiehlt Überarbeitung an den Sozialpolitischen Ausschuß. — Zur Teuerungsablage für städtische Arbeiter, Helferarbeiter, Beamte und Lehrer führt Ronis (Soz.) aus, daß er über die Vorlage erfreut ist. Bemerkenswert ist, daß die Befreiung auf Einkommen bis zu 2000 Mark ausgedehnt wurde; doch sind einige Leute in die Vorlage nicht einbezogen, so die Hilfsanstaltstellen im Schulhof, die Trachtenhäuser und die weiblichen Angestellten, die in südländischen Kammern beschäftigt sind. Der Kreis dieser Leute müßte noch weiter ausgedehnt werden. Besonders bedürftig sind die Tukkenen des Rathauses und der Verwaltungseinheiten, die unbedingt eine Zulassung nötig haben. Bürgermeister Sophie möge die Sache im Auge behalten und die Leute bald zufrieden stellen. Das wird ausgesehen.

Zur Organisation der Lebensmittelversorgung

und der Geschäftsverteilung bei den Amtmännern für die Lebensmittelversorgung nimmt Amt (Nordisch. Opt.) einen weiteren Bericht seiner Partei im Lebensmittelamt und schlägt dafür Stadtverordneten Dr. H. vor.

Wittich (Soz.) geht auf die mangelhafte Lebensmittelversorgung ein und empfiehlt allgemeine Befreiung an der Speisung durch Vollstücken. Anlässlich der Feierrede fordert er als Erinnerung zum frischen Fleisch Herausgabe von Geflügelfleisch und Fleischkonserven. Befreit müsse werden, daß die Weiber ihre Verkaufsstände geschlossen halten, aber durch die Hintertür verkaufen. Viele Frauen, die tagüber arbeiten, erhalten durch solche Nachmittagsmahlzeiten Fleisch für ihren Haushalt. Um weiteren ist eine Erweiterung der städtischen Wirtschaftsförderung notwendig; der Regiebetrieb muß weiter ausgebaut, das Personal besser geschult werden. Auch den Kettenhandel muß Einhalt geboten werden. Bedauerlich sei, daß der Vorschlag, den Redner vor seines Boden machte, als Erfolg für Fleisch-Spargel in der Mainzer Gasse auszulaufen, nicht erfolgt wurde. Das Geschäft hat man den Kindern überlassen, die natürlich für entsprechende Verleierung gesorgt haben. Der Magistrat hat weiter dafür zu sorgen, daß Fleischmärkte und Gemüse rechtfertigstet und der Verkäufer zu annehmbarer Preis abgeben wird. Seine Aktion sei der Meinung, daß im Fleischverkauf der Regiebetrieb eingeführt werden müsse. Wenn es das Wohl des Volkes notwendig ist, darf vor den Interessen eines in Frage kommenden Gemeindes nicht Solt gemacht werden. Die Stadt muß Räuber, Hämmer und Amber selbst fällen und an die Weiber abgeben, die nach bestimmten Grundlagen verkaufen. Prodenschließungen mit Schweinen sind nach einer Aufführung, die er zur Hand habe, gut ausgefallen. Besonders ist die Qualität der Ware gut; die Wurst war außerordentlich schwach. (Die weiteren wichtigen Ausführungen des Redners geben bedauerlicherweise in allgemeiner Kenntnis der Versammlung unter.)

Ronis (nachl.) ist für die Vorlage des Magistrats; es möge höchstens notwendig, im Seniorenbund die Angelegenheit nochmals zu besprechen.

Hené (Nordisch. Opt.) bringt die Frage der Buttermittelversorgung zur Sprache. Jeder sollte läuter sein; alle Einfüllungen müßten bei einer Zentrale erzielt werden. Die in Frage kommenden Amtmänner müßten mehr Selbstständigkeit haben.

Stadtrat Weidbach erinnert dem Stadtverordneten Wittich, daß seine Befreiungen bezüglich der Fleischversorgung zu den Befreiungstagen nicht antreffen, da es gelungen sei, genügend Fleisch zur Verförderung zu haben.

Windwald (Nordisch. Opt.) geht den Weißbrottei schwierig zu Leide, die das von der Stadt überwiesene Fleisch nicht auf legalem Wege verteilen. Der Magistrat habe hier unbedingt Ordnung zu schaffen. (Gutstimmen.)

Ronis (nachl.) bemerkte, daß Weißbrottei auf dem Wege durch die Hintertür verlaufen. (Allgemeines Gelächter und Applaus.) Diese sei nichts davon bekannt. Der Regiebetrieb bei der

Dienststelle habe sich nicht bewährt. Um vorherigen polemisierte, er gegen Wittich.

Wedel (Nordisch. Opt.) erinnerte Herrn Ronis, daß es ihm bei einem guten Willen nicht schwer fallen werde, Viechtei einzutragen, die auf unsafer Weise verlaufen. Wenn er, Redner, die vielen Reden überredete, die in der Frage der Lebensmittelversorgung schon gehalten sind und das Reulal vergleichbar, so glaubte er nicht an Befreiung. Pläne des Magistrats sei es stärker zu greifen. Das Schätzchen der Lebensmittelversorgung darf nicht von einer Person (Stadtrat Lewin) abhängen.

Quastmuss (Soz.) sagt, daß die Lebensmittelstärke gekommen sei, nur hätte sie den einen bösen Mangel, daß auf diese Art keine Lebensmittel zu haben sind. Nur solche Leute, die Zeit und Dienstleben haben, kommen in den Genuss von Waren. Noch immer sei es ihm ein Rätsel, warum Frankfurt a. M. das schlechte Brot hat, was in anderen Städten nicht der Fall ist. Nur wer Zeit und gute Verbindung hat, bekommt bisher in Frankfurt Eier. Hoffentlich arbeitet das neue Amt besser und pünktlicher.

Steinbacher (nachl.) erklärt, daß seine Fraktion grundsätzlich für Regelbetrieb sei.

Ehlers (Nordisch. Opt.) legt der Versammlung auseinander, daß die Lebensmittelstärke nur eine Belästigungskarte darstellt. Es steht in Aussicht, daß das Brot künftig noch schlechter wird, weil jetzt bald der Roggen blüht und das Weizengrund immer arbeitet.

Oberbürgermeister Voigt erklärte zur Massenspeisung, daß es ein Spiel mit dem Feuer wäre, wollte man die Frage über das Anteile bräuchen. Die Organisation muss ausgebaut, aber ein Zwang zur Teilnahme an der Massenspeisung darf nicht ausgeübt werden. Auch technisch läßt mir die Sache nicht so einfach durchführen. In Nürnberg haben sich die politischen Freunde des Herrn Wittich entschieden gegen die zwangsweise Massenspeisung erklart. Eine Voraussetzung einer bestimmten Bevölkerungsschicht durch Weizengrund darf nicht stattfinden. Ein Verbot der Aufbewahrung von Fleischwaren habe auch große Nachteile. Weiter gibt der Oberbürgermeister bekannt, daß sich durch Abdankung einer kleinen Zeitung einige Hersteller, die bei der letzten Fleischbeschaffung genannt wurden, verlegt fühlen. Er habe nicht gewünscht, daß die Namen in dieser Form überhaupt bekannt werden und sucht nachdringlich das Verhalten einzelner namhafter gemeldeter Personen zu rechtfertigen. (Warum brachte dann der Herr Ober die Sammlerliste periodisch auf die Journalistensitzung? D. S.)

Wittich (Soz.) meint, der Herr Oberbürgermeister habe schweinartig Angst, auch mit dem Schnapp in der Hand zur Massenspeisung zu gehen. (Allgemeine Heiterkeit.) Im übrigen habe der Oberbürgermeister seine Ausführungen nicht verstanden, weil er nicht gehört habe, wogegen sich der Oberbürgermeister verträgt.

Der Antrag Wittich auf Herausgabe von Geflügelfleisch und Konserven wird angenommen. Dem Antrag Ronis, Vermehrung der Kommission im Lebensmittelamt durch den Stadtverordneten Hené wird ebenfalls zugestimmt.

Auskunftsrichte.

Hierauf werden einige Auskunftsberichte erledigt. Der Wahl eines Bezirksvorstellers in den Beziehungen 15 II und 16 I wird noch den Vorschlägen des Wahlvorschlagsausschusses zugestimmt, ebenso der Wahl von Bezirksvorstattern und Stellvertretern in verschiedenen Beziehungen, der Wiederwahl von Mitgliedern und Beisitzerinnen des Wohnungsausschusses und der Wahl von Armenpflegern. Zur Vermehrung des Ausschusses der Neuen Theater-Aktiengesellschaft sollen von der Stadtverordnetenversammlung die bisherigen Mitglieder der Deputation: Berneder, Heilbrunn, Paul Hirsch, Von und Niemann in Vorschlag gebracht werden. — Für die Eröffnung einer Strohbuttmühre in der Städtischen Gewerbeschule werden noch dem Betrieb des Schulabschlusses (Berichterstatter Henn) 2100 Mark bewilligt. — Einige Eingaben geben an die zuständigen Auskunftsstellen.

Schluss der Sitzung 149 Uhr.

Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt.

Zum Frankfurter Arbeitsamt wird uns geschrieben: Wie im Vormonat herrschte auch im Monat Mai eine lebhafte Nachfrage nach Radarbeitern, namentlich der Metallbranche. Die Zahl der Arbeitssuchenden blieb doggen erheblich hinter denjenigen des Vormonats zurück. Die Steigerung des Vermittlungsergebnisses des Berichtsmonats gegenüber dem Vorvormonat ist auf die erhöhte Vermittlungstätigkeit in den Abteilungen für ungelehrte männliche Arbeiter und für Weiber- und Suppenfrauen zurückzuführen.

Im Metall- wie auch im Holzgewerbe konnten die Arbeitssuchenden rechts vermittelt werden, die gemeindeten offenen Stellen konnten nur teilweise besetzt werden. Die Vermittlungstätigkeiten für Teller, Tafelzieger und Weißbinder, Täuter, Zimmerleute haben sich gegen den Vorvormonat erreicht jedoch nicht diejenige des Monats März. Schuster und Schuhmacher wurden weiter stark verlangt, nur ein Teil der Nachfrage konnte gedeckt werden. Die starke Nachfrage nach Bäckern zu Anfang des Monats ließ im Laufe des Monats nach, so daß einige Arbeitslose zu verzeichnen waren. Nach Bekerten war auch im Berichtsmonat keine Nachfrage.

In der Landwirtschaft stieg die Vermittlung. In der Gruppe der Angelernten stieg die Zahl der Vermittlungen um rund 20%. Auch in der Abteilung für Jugendliche und Kinder war eine kleine Zunahme zu verzeichnen. An Arbeitsuchenden bestand ein geringes Überangebot.

Am Baumwollgewerbe ließ Angebot und Nachfrage, wie seit noch den Feierstagen, nach.

In der weiblichen Abteilung war ein Rückgang gegen den Vorvormonat zu verzeichnen, der hauptsächlich auf die gewerbliche Abteilung zurückzuführen ist. Die unausnahmlichen Verhältnisse im Konfektionsgewerbe und in der Heimindustrie möchten sich verbessern.

In der Abteilung für soumainische und technische Angestellten standen 450 Stellengelegenheiten 150 offene Stellen gegenüber. Die Vermittlung gehaltete sich infolge der verlangten Spezialkenntnisse besonders schwierig. Es fand jedoch wiederum eine Erhöhung der Vermittlungsziffer statt.

Insgesamt betrug bei dem südlichen Arbeitsamt die Zahl der offenen Stellen 3498 gegenüber 3051 im Vorvormonat, der Stellenbesuch 3702 gegenüber 3312 im Vorvormonat, vermittelt wurden 2290 gegen 2209 für männliche und 1700 gegen 1885 für weibliche.

Neues aus aller Welt.

Kriegsgelangene in der Schweiz.

Es sind jetzt in der Schweiz im ganzen vielleicht etwa 12.000 französische und invalide Kriegsgefangene aus französischen, deutschen und englischen Gefangeneneinzelgarnisonen, die Deutschen Hauptstadt in der Zentral- und Ostschweiz, Engländer und Franzosen in der Westschweiz und einzelnen Gegenden des Berner Oberlandes usw. Verfügte, auch zwischen Österreich-Ungarn und Italien einen Austausch der französischen Kriegsgefangenen herbeizuführen, sind an der ablehnenden Haltung Italiens gescheitert. Dagegen konnte das Abkommen auch auf die Gefangenen in Deutschland und England ausgedehnt werden, und am 30. Juni werden von Konstanz her etwa 500 Engländer nach der Westschweiz reisen, eine etwa gleich große Zahl von französischen Deutschen, die in England gefangen geblieben

wurden sind, wird über Lyon in der Schweiz eintreffen. Natürlich ist das Leben dieser Kriegsgefangenen immerhin einförmig, aber sie können sich in den Ortschaften frei bewegen, genießen die schöne Natur, die Bevölkerung zeigt sich freundlich, gelegentlich wird eine Unterhaltung, etwa Konzert oder Theater, dargeboten — und manche zarte Bande wurden bereits geknüpft. Täglich gibt es 400 Gramm Brot. Dreiviertel Liter Milch, Butter und Obstsalat bilden das Frühstück. Das Mittagessen besteht aus Suppe, 175 Gramm Fleisch ohne Knochen, einem Pfund Kartoffeln und 100 Gramm Gemüse. Das Nachessen: Suppe, Käse, Reis, Macaroni usw. Ein Handwerker hat sich mancherlei Beschäftigung gefunden in Werkstätten, die eigens geschaffen wurden.

Die Maus im Wirtshause.

Vor dem Berliner Schöffengericht wurde neulich gegen den „Schriftsteller“ Ernst Kühlholz wegen des verüdeten Betruges verhandelt. Der Angeklagte war im Jahre 1913 als Journalist für eine dortige Zeitung tätig. Eines Tages, in der Zeit der sauren Gurke, erklärte er einem Kollegen, daß 1000 Mark braude, da die Scheidung von seiner Ehefrau ihn viel Geld kostet habe. Er entwidete dann einen sellamen Plan, sich diese 1000 Mark zu verschaffen: Er wisse, daß einmal in einem großen Weinlokal ein Mann im Essen eine tote Maus gefunden und der Besitzer des Lokals dem entlaufenen Gast 3000 Mark angeboten habe, um sein Aufsehen von der Sache zu machen. Nach diesem Muster wollte er nun in dem Weinlokal von Kempinski in der Leipziger Straße handeln. Er kam in Kontakt mit einem Freund und noch einem Dritten darüber gehen und sich Essen bestellen, dann unbemerkt eine von ihm vorbereitete tote Maus in das Essen hineingeschieden und seiner Empörung so drostischen Ausdruck geben, daß die berühmte Firma gewiß zur Wahrung ihres Rufes und gleich als Entschädigung für seine Gesundheitsgefährdung einen Schweigepakt von 1000 Mark zahlen würde. Der Kollege hörte, daß, was der Angeklagte ihm sagte, zunächst für einen kleinen Scherz. Dann aber wurde er doch bedenklich, da der Angeklagte dabei verblich und die Verflüchtigung hinzufügte, daß er ein guter Schauspieler sei und ein Uebelsinn oder ein kleine Obmannschaft sehr gut nachahmen könnte. Nun erkannte der Kollege es für seine Pflicht, nachdem er dem Angeklagten vergebens abgeraten hatte, eine solche Komödie aufzuführen telephonisch die Firma Kempinski davon zu benachrichtigen, was man gegen sie plane. Der Angeklagte erklärte dann auch bald darauf mit zwei Beileitern im Lokal von Kempinski und bestellte Wein und Speisen. Plötzlich sprang er mitten im Essen mit allen Zeichen der Empörung auf und zeigte eine schwere Lappen vor, den er in dem ihm vorgelegten „Lecker Allerlei“ ein Gemüsegemisch vorgefunden haben wollte. Gegen den herbeigeführten Wirt trat er sehr dreist auf. Als ihm dieser aber erklärte, er sei schon voll unterrichtet, was er passieren sollte, wurde er recht klein. Er hielt es dann, nachdem seine Person festgestellt worden war, für zweckmäßig, in an demselben Abend mit Hilfe von Geldern, die ihm seine Beleidigung zur Verfügung stellten, nach Belgien abzudampfen. Er ist dann längere Zeit im Ausland verblieben und schließlich bei Ausbruch des Krieges hierher zurückgekehrt. Er ist in der Verhandlung ganz entschieden, daß er die Abfuhr habe, sich in trauriger Weise zu bereichern. Letztlich habe es sich nur um einen „Journalistenstreit“ gehandelt. Er habe damals an journalistischen Stoffmangel gelitten und sei auf die Idee verfallen, eine Artillerie zu schaffen unter dem Titel: „Wie kann man in Berlin leben und Geld verdienen, ohne zu arbeiten?“ Für den ersten Artikel dieser Art habe die Komödie bei Kempinski die Einleitung bilden sollen. Das Gericht glaubte aber nicht an den Journalistenstreit und verurteilte den eindrucksvollen Herrn zu sechs Monaten Gefängnis.

Telegramme.

Steuererhöhung in Württemberg.

Stuttgart, 7. Juni. Der Voranschlag zum Staatshaushalt schließt ab mit 121 Millionen Mark Ausgaben, 112,8 Millionen Mark Einnahmen; Fehlbetrag 8 148 045 Mark. Bei teilweisen Deckung schlägt die Regierung die Erhöhung des Einkommensteuer um 25 Prozent vor, wobei sich die Erhöhung bei den Einkommen von 3000 Mark abwärts auf 20 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt. Es werden hierdurch 3 Millionen Mark Mehreinnahmen gewonnen. Die Deckung des übrigen Fehlbetrages soll der Ausbau überlassen bleiben.

Neuer Präsident von China.

Peking, 6. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Deutschen Bureaus. Yuan Schi-kai ist an Urumie gestorben. Zu Anfang Juny hat zeitweilig die Präsidentschaft übernommen.

Bekanntmachung.

Betr. Lebensmittelversorgung.

Die für die Lebensmittelversorgung eingerichteten Südbahn-Dienststellen sind für den Betrieb mit dem Publikum geöffnet an allen Werktagen von 8½—12½, Uhr und außerdem Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag von 8—10 Uhr.

Das Reichsbureau, Rathaus (Räume 65, und die Marktkontrolle, Friedensstraße 12, sind nur montags geöffnet.

Ausländer an Verbraucher können nicht mehr telefonisch kontaktiert werden.

Wiesbaden, den 7. Juni 1916.

Der Magistrat.

Städt. Butterverteilung.

Die nächste Butterverteilung beginnt am 7. Juni gegen 10 Uhr der Buttermarkte Gruppe 2c. Bisherige Gruppenmarken 6 und 7 werden neu ausgedeckt. Marken 6, sowie die ausgedeckten Dauermarken ohne Stempelausdruck werden ungültig erklärt. Soweit die Dauermarken Stempelausdruck nicht tragen, müssen sie dem Lebensmittelamt vorgelegt werden.

Da soviel Butter vorhanden ist, daß jeder Einwohner ein Pfund erhalten kann, liegt es im allgemeinen Interesse, Butter zum Preis von 2.80 für das Pfund.

Wiesbaden, den 5. Juni 1916.

Der Magistrat.

den sein wird. (Lebhafte Zustimmung.) In dieser Hoffnung lebe ich, und diese Hoffnung gibt mir einen großen Teil der Kraft, die ich in diesem Kriege entfalten muß. (Lebhafte Beifall.) Unterschiede der Parteien haben bestanden und werden bestehen zwischen den Herren von rechts und links und niemand von den Parteien wird mit einem der Herren von links Arm in Arm gehen. (Burk: doch! Heiterkeit.) Doch dürfen aber in dem gegenwärtigen Moment meiner Ansicht nach Unterschiede, die sich aus den Parteidokumenten und Lehren ergeben, nicht an die Spitze gestellt werden. Der Abg. Graf Westarp hat gesagt, es hätten die Sozialdemokraten nichts von ihren Lehren aufgegeben.

Leider, ich bedauere das, und ich habe den Eindruck, daß auch Ihre Absicht (zu den Sozialdemokraten), gegen den Haushalt zu stimmen, die Reminiszenz eines alten Dogmas ist, das Sie auch zum alten Eisen weichen sollten. (Heiterkeit.) Wenn also diese Dogmen bestehen, auch das republikanische, werden Sie sie doch auch zum Plunder. Seien Sie danach dafür, fehnen Sie sich doch nicht nach einem Zuhande, wie etwa dem republikanischen Frankreich. Schließlich aber gnügt mir, daß gegenwärtig mit getingen und ganz verschwindenden Ausnahmen

das ganze Volk einig

ist in dem Willen, über seine Feinde Herr zu werden. Es folgte jedoch die Sozialdemokratie nicht jagen, die Schwierigkeit wolle den Krieg fortsetzen, um Geld zu machen. So etwas ertritt. Ohne die Leistungen der Industrie hätten wir diesen Krieg längst verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Zur U-Bootfrage kann ich nicht mehr sagen, weil sonst das Land geschädigt würde. Wenn Graf Westarp fordert, daß ich nicht die große nationale Kraft der Parteien auszunutzen versuche, die gegen mich kämpfen, so mag es sein, daß ich Fehler gemacht habe, aber man bedenkt, in welcher Weise man gegen mich vorgegangen ist. Da ist es schwer, den rechten Kontakt zu finden. Wir sollten betonen, was uns einigt, und das ist unter aller Wille, daß unser Vaterland Freizeit und groß aus diesem Kriege hervorgehe. (Lebhafte Beifall.)

Wb. Rehr. von Kamp (Dich Kraft): Wir sind dem Reichskanzler dankbar dafür, daß er den Befürchtungen nicht mehr so waffenlosen will. Die Bemühungen des Kaisers und des Kanzlers für den Frieden bleiben ein Maßnahmblatt der deutschen Politik. (Bravo!) Gleichwohl muß man bedauern, daß unsere diplomatischen Vertretungen nicht früher erkannt haben, daß es vergeblich sei, England auch nur zur Neutralität zu veranlassen. Auch wir hoffen, daß wir bald zu einem Siegreichen Frieden kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Lebedow (Soz. A.): Der Reichskanzler unterscheidet sich von seinen Gegnern nur geringfügig. Derartige Differenzen haben häufig ihren Ursprung in rein persönlichen Gegenläufen, die wir seit jeher in absolutistischen und halbabolutistischen Staaten gewohnt sind, wo der unveränderte Kurs der Politik immer begleitet wird durch den unterschiedlichen Krieg derjenigen Leute, die an Stelle des jeweiligen Leiters der Politik sich selbst sehen wollen. Sozialdemokraten, die Republik und Klassenkampf abschönen, würden dadurch nur zeigen, daß sie nie Sozialdemokraten waren. Mit Verhagen habe ich heute und gestern gehört, daß die Herren, die sich da in die Haare geraten sind, alle gegenwärtig Bandesverrat vorwerfen. Sie sollen fündig mit solchen Vorwürfen gegen andere Leute vorsichtig sein. Wenn der Kanzler Liebsteck angreift, der sich nicht verteidigen kann, so prallt der Pfeil auf den Schädel zurück. Was Liebsteck zur Wahl gelegt wird, verbloßt vor dem, was hier aus den Flugschriften der Rechten zur Sprache gebracht worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wegen der Friedensfrage waren eigentlich alle sehr zufrieden mit den Ausführungen des Kanzlers. Der Reichskanzler hat gesagt: wir haben das Unfug getan, um den Frieden anzubauen, unsere Feinde haben uns mit Spott und Haß zurückgewiesen. Jedes Friedensgepräch, das wir jetzt beginnen würden, ist nichtig und nicht zum Ziele führend. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Das war in der Rede des Herren Reichskanzlers das bedenklichste, was ich gehört habe. Damit macht er allerdings in der nächsten Zeit die Friedensbemühungen aller der Frauen und Männer, die wirklich gewillt sind, für den Frieden einzutreten, äußerst schwierig. Ich stimme mit dem Reichskanzler überein, wenn er in dem Interview mit Herrn Wigand gefragt hat, es sei fruchtlos, sich gegenwärtig vorgutun zu wollen, wer an dem Ursprung des Krieges schuld ist. Aber worin ich nun sehr erheblich von dem Reichskanzler abweiche, das ist die Auffassung über die Möglichkeit der Friedenslösung.

Nich bedauere sehr, daß der Reichskanzler, ebenso wie die anderen Staatsmänner, in den ungünstlichen Fehler verfällt, immer zu betonen: „Erst muß der andere niedergezwungen sein, so daß er um Frieden bittet; dann kann vom Frieden die Rede sein.“ (Widerspruch im Zentrum und links.) Das war der Sinn seiner Worte. (Erneuter Widerspruch.) Staatssekretär Helfferich hat gegen eine Bemerkung meines Freunden Stadtbogen diesen Gedanken noch deutlicher zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, was find das für Nebensachen im Munde eines deutschen Mannes, daß es weder Sieger noch Besiegte geben dürfe? Jeder deutsche Mann möchte, daß wir als Sieger aus dem Krieg hervorgehen. Auf die Wünsche des deutschen Mannes kommt es nicht an, weil mit Wünschen keine Politik gemacht wird. Wenn man Frieden schließen will, kommt es auf die realen Möglichkeiten an. Heute ist die Kriegslage zweifellos so, daß

seine Seite gezwingt ist, um Frieden zu bitten,

weil sie vollkommen geschlagen wäre, wie es etwa 1871 oder 1866 der Fall war. Die Kriegslage ist günstiger geworden, aber die gegnerischen Mächte sind nicht genötigt, um Frieden nadzufordnen. Der Staatssekretär Helfferich, der Reichskanzler, die Herren Spaeth und Bassermann, sie alle wollen nicht eher Frieden schließen, als bis die Tatsache unseres Sieges auch von den Gegnern anerkannt werde. Das wirkt kriegsverlängernd. Demgegenüber verlangen wir Sozialdemokraten einen Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. Ein Weg der Verständigung kann gefunden werden, selbstverständlich

auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage.

Aus dieser Wendung, die auch der Reichskanzler gebraucht hat, haben die Gegner auf seine Absicht von Annexionen geschlossen. So ist seine Auseinandersetzung sicherlich nicht zu verstehen, aber er hat auch nicht mit absoluter Unzweckhaftigkeit die Angliederung fremdsprachiger Gebiete an das Deutsche Reich zurückgewiesen. In seinen Reden liegt die indirekte Anerkennung der Notwendigkeit, die Macht des Deutschen Reiches auszudehnen auf angrenzende Länder, d. h. Belgien unter deutsche Befreiungsfähigkeit zu bringen. Das verurteilen wir als kriegsverlängernd. Wie verlangen, daß er zumindest erklärt, wir wollen einen Frieden, bei dem Deutschland seine Gebiete gegen den Willen ihrer Bevölkerung einfügt. Damit ist nicht gesagt, daß keine Grenzsteine verlaufen werden. Wir verlangen nur, daß Deutschland die Völker, die bei ihrem bisherigen Staatsweisen nicht bleiben wollen, selbst über ihre Schicksale entscheiden läßt. Dann bekommen wir Kongresspolen und Italien als selbständigen Staat. Auch in Moldauien würden die zu Serbien gehörigen Teile mit bulgarischer Bevölkerung zu dem Stammland zurückkommen. Aber absolut ausgeschlossen muß sein der Versuch, irgendwelche französischen oder belgischen Gebietsteile an Deutschland anzugegliedern. Diese großen Gefahr geben wir entgegen. Sollte es möglich sein, Frankreich zu einem Frieden mit Gebietsabtretungen zu zwingen, so würde das nicht einen dauernden Frieden bringen, sondern einen

dauernden Kriegsstand vorbereiten.

(Sehr wahr!) Das große Problem nach dem Kriege ist in erster Linie die Ausdehnung mit Frankreich und die Herberführung eines etruskischen Zustandes mit England. (Burk: rechts: Auch mit Russland!) Auch mit Russland müssen wir in ein friedliches Verhältnis kommen, und wie werden es umso eher können, wenn Russland seine fremdsprachigen Teile verloren hat. Denn jede Fremdherrschaft getreibt auch dem unterdrückenden Volk zum Ver-

berben, und das russische Volk hat am meisten darunter zu leiden, doch die zaristische Macht über fremde Völker ausübt wird. Erst nach Lösung dieser Verbindung wird das russische Volk die Möglichkeit haben, seine Gewaltsherrschaft zu brechen. Der Kampf gegen den Zarismus darf nicht von uns geführt werden, so wenig wie der Kampf gegen den deutschen Militarismus von England und Frankreich. Wenn dessen Schaden im Innern fertig zu werden ist, unsere Aufgabe, so wie es die Aufgabe des russischen Volkes ist, den Kampf gegen den Zarismus zu führen. Entschiedene Verwahrung muß eingelegt werden gegen die Auflösung des Grafen Westarp, daß England der Hauptfeind ist. Deutschland darf seine Politik nicht einrichten auf eine dauernde

Haushalt mit England und Frankreich,

die wirtschaftlich ebenso entwickelt sind wie Deutschland und mit Deutschland gemeinsam an der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt arbeiten müssen. Wir müssen den ungünstigen Gedanken geforderter Wirtschaftskomplexe bekämpfen, der keineswegs zur Weiterführung der Kultur führen kann. — Bell wir uns in günstiger Kriegslage befinden, muß unsere Regierung den ersten Schritt tun, und sie kann es ohne sich etwas zu vergeben. Gerade diese Pflicht erwacht aus der günstigeren Kriegslage. Wer nicht den Krieg bis zum Blutbad will, muß von der deutschen Regierung den ersten Schritt verlangen mit der Erklärung, daß sie einen annerioslohen Frieden will. Das würde den heilsamen Einfluß nicht auf die Regierungen, wohl aber auf die Völker in den gegnerischen Ländern ausüben. Von diesen, vor allem von dem Proletariat, wird dann die Bewegung zum Frieden ausgehen. Die Regierung hat noch nicht gezeigt, daß sie diesen Weg beschreiten wird, und deshalb können wir ihr Vertrauen nicht entgegenbringen. (Beifall bei der Soz. Arbeitsgem.) Der Redner kritisiert weiter die innere Politik. Wir lehnen das Budget ab, weil die ganze Gesellschaftsordnung den Interessen des Volkes widerspricht. Würde diese Ablehnung eine Mehrheit im Hause finden, so müßte die Regierung abtreten und einer neuen Regierung Platz machen, die den Standpunkt der Wehrheit vertreibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Tut sie das nicht, so sucht sie mit Gewalt eine Herrschaft zu behaupten, auf die sie kein Recht hat. Selbstverständlich wird dann auch dem Volke das Recht gegeben, eine solche Regierung mit Gewalt zum Teufel zu jagen.

Das Recht auf Revolution

ist dann das gute Recht des Volkes. Ich bin erzeugt, von Seiten der Regierung keinen Widerpruch zu hören, sie leistet ja auch den Revolutionären in anderen Ländern hilfreiche Hand. Mit den irischen Homebüslen habe ich die größte Sympathie und vertrage es auch der Regierung nicht, wenn sie den irischen Revolutionären hilft. Sie hat also prinzipiell das Recht auf Revolution anerkannt. Das ist ein erfreulicher Fortschritt. Aber danach müssen Sie auch im Innern handeln. Von einem Abstand des Belagerungsstandes ist noch wenig zu sehen. Die Lebensmittelversorgung muß besser werden. Will man das Volk zur Revolte treiben, um es mit blauen Uniformen zu traktieren? (Präsident Dr. Röhm rüttet den Redner zur Ordnung.) Die Schuhhaft besteht immer noch, ebenso wie die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Lewald über den Dittmann vorgebrachten Fall noch ausicht. Dem Volke wird die Überzeugung aus diesem Kriege werden, daß das Heil der Völker nur im Sozialismus liegt.

Ein Antrag auf Schluß der Beratung wird angenommen.

Abg. Röhle (wild-Soz.) spricht sein Bedauern aus, nicht zu Worte gekommen zu sein. Der Schluß zeigt die Moral des Hauses. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Der Haushalt des Reichstages, des Reichskanzlers, der Reichsfinanz und des Auswärtigen Amtes wird genehmigt, zu letzterem auch eine Entschließung wegen Unterstützung der in Not geratenen Auslandsdeutschen.

Es folgt der

Haushalt des Innern.

Es liegt eine Entschließung aller Parteien auf ausreichende Unterstützung der durch den Mangel an Rohstoffen geschädigten Arbeiterschaft und Hausgewerbetreibenden in der Puppen- und Spielwarenindustrie vor.

Abg. Dr. Quandt (Soz.): Da wir vor einer monatelangen Vergangenheit stehen, drängt sich an dieser Stelle auch ein leichter und besitzer sozialer Wunsch auf die Lippen. In der entscheidenden Zeit der nächsten Monate wird unsere Heimat durch alle Kriegswirken hindurch gehalten werden müssen, nicht bloß durch die Verteidigung noch außen, sondern auch durch die gleichwertige Arbeit im Innern. Der Hauptträger dieser Arbeit im Innern ist aber

die Frauenerwerbstätigkeit.

Aus allen unseren Verhandlungen hat die Anerkennung und Dankbarkeit für diese Leistung der arbeitenden Frauen Deutschlands gelungen. Diese Anerkennung ist aber auch in jugöde Toten umzusetzen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das wird die große Aufgabe der Regierung in der allernächsten Zeit sein müssen. Dafür, daß die erwachsenen Frauen aller Rasse und Lebensalters die Arbeit der Männer leisten, geben sie ihre Kraft bis zum Neuersten aus, unterstellen sie sich fortgesetzten schweren Gefahren, wie z. B. in der Großindustrie, unterliegen sie über längst verjährten Überlebensfaktor minderer Bezahlung, trotz dreifach gleicher Leistung, fühlen sie die Sorge der

Geburtsmittelbeschaffung und Teuerung

als doppelt schwere Burde. Da möchte meine Partei diese Debatte nicht schließen lassen, ohne einen leichten Lauten und dringenden Appell an die Regierung zu richten, zu entschieden und wagemutigen Eingreifen zum Schutz der Millionen arbeitender Frauen, auf deren Schultern zum großen Teile unsere ganze innere Wirtschaft ruht. Man folge nicht dem bedauerlichen Beschlusse der Mehrheit dieses Hauses und lehne nicht die Wiedereinführung der alten Arbeitszeitbestimmungen für Frauen ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die weibliche Erwerbsarbeit bedarf sehr bald mindestens des früheren gesetzlichen Schutzes, wenn nicht eines verbesserten, soll die Stütze tragen, die wir an ihr in der Kriegszeit haben. Man lasse sich mit aller Kraft für gleiche Bezahlung der Frauen bei gleicher Leistung wie der Männer ein (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und man verlasse endlich das schlechte Beispiel, das z. B. der preußische Eisenbahnminister dadurch gibt, daß er die Frauen grundsätzlich um ein Drittel niedriger bezahlt als die Männer. Man bedenke, daß die arbeitende Frau einen ganz besonderen Anspruch darauf hat, durch bekannte öffentliche Einrichtungen für hinreichende und gesunde Ernährung, für Kinderbetreuung und Schulförderung, von der doppelten Last der Erwerbs- und Hausarbeit entlastet zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind große und schöne soziale Aufgaben erster Ordnung für die allernächste Zeit. Wir appellieren für Ihre Zustimmung. Nicht an eine oberflächliche Galanterie dieses Männerhauses und der Regierung für die Frauen. Wir appellieren an das Verantwortungsfühlungsgefühl der leitenden Stellen. Man kann nicht

Raubtan mit der Frauenarbeit

treiben, wenn man nicht unsere ganze durch den Krieg schwer genug zu erlähmende Zukunft aufs Spiel setzt. Diese Zukunft liegt in den arbeitenden Frauen des Volkes. Wer ihren wirklichen Schutz durch gründliche soziale Vorkehrungen grade jetzt versäumt, der verläßt eine große gesellschaftliche Aufgabe für Vohzehnte. Höre die Regierung dieser sozialen Politik eingedenkt sein, auch wenn dieses Haus sie nicht mehr daran erinnern kann. Der schwere Optimismus des Herrn Reichskanzlers, den wir heute an dieser Stelle bestmöglich aufgenommen haben, kann nur dann eine dauernde Wirkung ausüben, wenn es sich umsetzt in entschlossene politische und soziale Zeiten für die schwer schaffenden Vollmassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Haushalt des Innern wird bewilligt. Die Entschließung auf Unterstützung der Spielwarenindustrie wird angenommen, ebenso eine solche auf Unterstützung der Hutindustrie.

Es folgt der

Bauhauß des Reichsheeres.

Abg. Südtirol (Soz.) betont die Notwendigkeit der Beschaffung von Mitteln zur Verbesserung der Soldaten und ihrer Bewaffnung. Wiederum eine Art willen Heldenkunst darstelle. Die Bildung der Mannschaften bedürfe dringender Ausbildung. Bei der anderen Seite könne man Erfolge erzielen. So habe man den Einfluß, daß gewisse Stellen nur geschaffen sind für Eigentümer, für die man keine andere Verwendung habe. Die letzten Misshandlungen im Heere scheinen abgenommen zu haben, aber sehr viel wird noch gelagert über Misshandlungen seelischer Art. So sei dem Sohn des Abg. Bauderl der Urlaub zum Besuch seiner schwer kranken, inzwischen gestorbenen Frau unter Hinweis davon verweigert worden, daß er Sozialdemokrat sei. (Hört! hört! den Sozialdemokraten.) Bedeutlich sei auch die Briesse, welche Soldaten. Zu verurteilen sei ferner das Verhalten des italienischen Kriegsministers, der bei Beschwerden darüber bestreit, im Namen des Reichsverteidigers zu erfahren. Bei der Besoldung werde ebenso wie früher, vielleicht nach der politischen Geisselung gefragt. Die Mindestsätzen des Militärstrafgesetzbuchs ständen im Reichsbewußtsein des Volles in schwarzem Widerspruch. Der Kriegsminister den vorgebrachten Wünschen nachkomme, würde sich den Dank aller Soldaten verdienen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arbeitsgem.) weist gleich darauf hin, daß die Mindestsätze des Militärstrafgesetzbuchs noch zu hoch sind. Eine grohe Härte erblide er in der Internierung sogenannter Engländer, die niemals England getan haben, sondern in Deutschland geboren sind, deren Eltern aber aus England kommen. Das für die Ertüchtigung von Kellnerinnen garantiert Dienstfähiger Deutze die politische Orientierung ausschlaggebend sei, gebe sich aus den Fällen Breitscheid und Weinberg. (Hört! hört! die Männer über einen Gewissensbruch auf die Arzte aus, damit sie den politischen Wünschen der militärischen Kommandostellen folgen.) Die Mindestsätze des Militärstrafgesetzbuchs mit allen seinen Auswirkungen auf Kämpfen. (Bravo! bei der Soz. A.)

Stellvertretender Kriegsminister v. Wendel: Die Revision in Kriegsbelastungsordnung hat nicht statt gemacht vor den Offizieren. Die scharfen Ausdrücke im Falle Bauderl sind unangebracht. Die Offiziere trifft keine Schuld. Der Ausdruck „Sozialdemokrat“ soll keine Bekleidung sein (Heiterkeit), er hätte ebenso gut sagen können, daß er nicht jeden Namen wissen kann: „Da der Soßopf“. (Heiterkeit.) Oder dergleichen. Daß kein Hebelwollen vorliegt, geht daraus hervor, daß der Mann vorher vierzehn Tage Urlaub hatte. Die Entlassung der ältesten Landsturmleute wird noch Möglichkeit zu bekommen. Eine gründliche Entlassung geht noch nicht an. Die Befreiung des Abg. Cohn, daß die Militärsäcke gegen ihn gewissen bei der Dienstbescheinigung ihr Urteil abgeben, muß ich unterscheiden auszurufen. (Bravo!) Der Fall des Professors Nicola liegt so, daß er als Arzt eingezogen war. Seine Anerkennung aller Deutschen habe das Völkerrecht gebrochen und werde es zu verantworten haben, führte zu seiner Verurteilung. Seine Beleidungen waren unbegründet, ferner hat er sich geweigert, den Rahmen zu leisten, deshalb ist er gegenwärtig als Krankenwärter beschäftigt. Auch die sonst von dem Abgeordneten Cohn vorgebrachten Fälle bei Breitscheid und des Reichsministers Weinberg hängen mit der tatsächlichen Militärfazie überhaupt nicht zusammen. Strafe ist Voraussetzung für unsere Leistungsfähigkeit. Unsere Mindestsätze sind wesentlich milder als in den feindlichen Ländern.

Sächsischer Generalleutnant Kinder: Das sächsische Kriegsministerium geht grundsätzlich allen Beschwerden nach.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Der Haushalt wird bewilligt, ebenso ohne Decretation der Abteilungshaushalt. Es ist der Haushalt des Reichsjustizverwaltung.

Abg. Dittmann (Soz. Arbeitsgem.): Die Reform unseres Strafrechtsweises löst sich nicht länger hinauszögern.

Ein Verteilungsantrag des Abg. Hesse findet nicht die erforderliche Unterstützung.

Bei der Abstimmung bemängelt Abg. Lebedow die Geschäftsfähigkeit des Hauses. Die Sitzung muss abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr: Fortsetzung.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Donnerstag, 8. Juni, 7 Uhr: „Die Königin von Saba“. 82. Vorstellung im Donnerstagabonn. Gewöhnl. Br. Freitag, 9. Juni, 7½ Uhr: „Die Keiserin“. Auf. Abonn. Gew. Br. Samstag, 10. Juni, 7½ Uhr: „Der Barbier von Sevilla“. Vorstellung im Samstagabonn. Gew. Br.

Frankfurter Schauspielhaus.

Donnerstag, 8. Juni, 7½ Uhr: „Die Schöne vom Steinbe“. Auf. Abonn. Bevorzugt, erm. Br. Freitag, 9. Juni: Geschlossen. Samstag, 10. Juni, 7½ Uhr: „Zu ebener Erde und es ist“. 82. Vorstellung im Samstagabonn. Gew. Br.

Neues Theater.

Donnerstag, 8. Juni, 8 Uhr: „Pension Schöller“. Gew. Br. Freitag, 9. Juni, 8 Uhr: (Wohltätigkeitsvorstellung zugunsten des Kriegsinvalidenfonds Wien und des kriegerischen Hilfsvereins „Austria“. Zum 1. Male): „Der Fräulein vom Amt“. Operette in 3 Akten von Georg Olawski und Franz Arnold. Musik von Gilbert. Gew. Br. Samstag, 10. Juni, 8 Uhr: „Das Fräulein vom Amt“. Gew. Br. Sonntag, 11. Juni, 8½ Uhr: „Herrschäfflicher Diener gesucht“. 82. Vorstellung im Samstagabonn. Kleine Br.